

Amazon

Amazon ist der weltweit größte Internethändler. Das Unternehmen ist bekannt für seine Steuervermeidungstricks und schlechten Arbeitsbedingungen. Außerdem wird Amazon vorgeworfen, seine überragende Marktstellung zu missbrauchen. In Washington und Brüssel betreibt Amazon intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Gesetzgebung zum EU-Datenschutz wurde der Konzern aktiv.

Amazon.com Inc.	
Branche	Versandhandel
Hauptsitz	Seattle, Washington
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 27, 1040 Brüssel
Webadresse	www.amazon.com

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	1
1.1	Lobbyarbeit in Brüssel	2
1.2	Lobbyarbeit in den USA	3
2	Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	4
2.1	USA	4
2.2	EU	4
2.3	Deutschland	5
3	Digitalsteuer und globale Mindeststeuer	5
3.1	Digitalsteuer	5
3.2	Globale Mindeststeuer	5
4	Fallbeispiele und Kritik	6
4.1	Big-Brother-Award 2018	6
4.2	2014-2016: Amazon an deutschen Schulen	6
4.3	2013: Lobby Schlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	6
5	Kurzdarstellung und Geschichte	7
6	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7	Einzelnachweise	7

Lobbystrategien und Einfluss

Amazon hat eigene Lobbybüros in den für Amazon wichtigen Machtzentren, wie Brüssel und Washington. Amazon ist Mitglied in diversen Verbänden und betreibt dadurch indirekt - in Kooperation mit anderen Unternehmen - Lobbyarbeit. Das Unternehmen ist unter anderem Mitglied bei **BITKOM**, einem Digitalverband mit guten Beziehungen zum **Bundeskanzleramt** und dem **Bundeswirtschaftsministerium**. Auf EU-Ebene ist Amazon zudem Mitglied bei **DIGITALEUROPE**, dem wichtigsten Verband der globalen IT-Branche in der EU. In den USA beauftragt Amazon Lobbyfirmen, die das Unternehmen bei speziellen Angelegenheiten vertreten.

Lobbyarbeit in Brüssel

In Brüssel betreibt Amazon ein eigenes Lobbybüro mit 10 LobbyistInnen (4,25 Vollzeitäquivalent).^[1] 5 dieser Interessenvertreter haben einen Hausausweis^[2] für das **Europäische Parlament**.

Ein zentraler Ansprechpartner für Amazon ist der EU-Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt, **Andrus Ansip**. Neben den Treffen mit direkten Lobbyisten von Amazon, lässt sich das Unternehmen größtenteils von Verbänden vertreten. Im Jahr 2019 kam es zu 3 Treffen mit Andrus Ansip.^[3] Darüber hinaus stehen vermehrt Treffen mit Kabinettsmitgliedern auf der Tagesordnung., von denen es im gleichen Jahr zu 23 kam.^[4]

Durch die Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Amazon seine Lobbyarbeit in den letzten Jahren ausgeweitet hat.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2019	1,750,000€ - 2,000,000€
2018	1,750,000€ - 2,000,000€
2017	1,750,000€ - 2,000,000€
2016	1,750,000€ - 2,000,000€
2015	1,500,000€ - 1,750,000€
2014	600,000€ - 700,000€

Quelle: LobbyFacts^[5]

Amazon Europe Core SARL ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[6]:

- [Bruegel](#)
- [Computer and Communications Industry Association \(CCIA\)](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [Ecommerce Europe](#)
- [EuroCommerce](#)
- [European Digital Media Association \(EDIMA\)](#)
- [European eCommerce and Omni Channel Trade Association \(EMOTA\)](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [European Internet Services Providers Associations](#)
- [European Internet Foundation \(EIF\)](#)
- [EPIF](#)
- [Fedil-ICT](#)

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Amazon im Jahr 2019 neunzehn weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen wie Steuerreform oder Internetsicherheit zu beeinflussen. Zu den wohl prominentesten Lobbyisten der Unternehmen gehören der ehemalige Senatsmehrheitsführer Trent Lott und der ehemalige Senator John Breaux. Beide haben im Namen von Amazon Lobbyarbeit betrieben.^[7]

Nach Recherchen des Journalisten Alex MacGillis lobbyierte Amazon gegen die Umsatzsteuer, die das Unternehmen bei einem Großteil der Verkäufe von Drittanbietern noch immer nicht berechnete, gegen die Regulierung von Drohnen, von denen es hoffte, sie zum Ausliefern von Paketen einzusetzen und gegen jede Bemühung, das Unternehmen von den US-Kartellbehörden prüfen zu lassen.^[8] Amazon lobbyierte weiterhin, um bei der amerikanischen Post die vergünstigten Zustellpreise zu behalten. Die Lobbytätigkeit betraf auch die Auftragsvergabe der Regierung, weil das Unternehmen hoffte, zentrale Anlaufstation bei allen Anschaffungen des Bundes zu werden.

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Amazon ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben verfünffacht. Die Darstellung des Lobbyregisters in Quartalen zeigt, dass im ersten Quartal 2020 ein Höchstwert von 4,330,000 US\$ erreicht wurde und die Lobbyausgaben von Amazon demnach weiterhin deutlich ansteigen.^[9]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2020	17,86 Millionen
2019	16,14 Millionen
2018	14,19 Millionen
2017	12,84 Millionen
2016	11,02 Millionen
2015	9,07 Millionen
2014	4,74 Millionen
2013	3,45 Millionen
2012	2,50 Millionen

Quelle: US Lobbyregister^[10]

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Amazon ist ein stetig wachsender und seine Geschäftsfelder erweiternder Konzern. Die Corona-Krise hat der Expansion einen zusätzlichen Schub gegeben. 2020 stieg der weltweite Umsatz um 38 % auf 386 Mrd. Dollar, der Nettogewinn verdoppelte sich auf 21,3 Mrd. Dollar.^[11] Umsatztreiber waren neben den Cloud-Services (AWS) vor allem das Marktplatz-, Prime- und Werbegeschäft. In Deutschland lag der Umsatz 2020 bei ca. 25,9 Mrd. Euro. Beim Online-Handel in Deutschland konnte Amazon 2020 den Marktanteil um 5 % auf 53 % erhöhen.^[12] Die wachsende Macht der Digitalkonzerne und ihr Aufstieg zu den größten Lobbyakteuren hat zu Debatten um eine Vielzahl kontroverser Themen geführt: Macht der Internetplattformen als Gatekeeper, die Beeinflussung von Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten, der Umgang mit Hassrede und Fake News, die Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Digitalsteuern, etc.^[13] Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie eingesetzte Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ist der Überzeugung, dass die Bestreitbarkeit von Machtpositionen in der Digitalwirtschaft dauerhaft gewährleistet bleiben, ihre Ausnutzung zur Behinderung von Innovation und Wettbewerb unterbunden sowie eine machtbedingte Erstreckung auf weitere Märkte verhindert werden muss.^[14] Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Konzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Amazon in den USA die Lobby-Ausgaben 2020 um 9,6 % erhöht.^[15] In Brüssel haben sich die Lobbyausgaben 2020 gegenüber 2019 nicht verändert.

USA

In den USA wird über Regulierungen hinaus sogar ernsthaft über eine Zerschlagung der Digitalkonzerne diskutiert.^[16] Seit 2019 führt der Justizausschuss des Repräsentantenhauses eine kartellrechtliche Untersuchung gegen US-Tech-Konzerne, darunter auch Amazon.^[17] Zugleich sieht sich Amazon kartellrechtlichen Ermittlungen der Federal Trade Commission ausgesetzt. Der Generalstaatsanwalt von New York hat am 25. Mai 2021 Klage gegen Amazon wegen des Missbrauchs seiner überragenden Marktstellung eingereicht.^[18] Amazon verbiete unabhängigen Händlern, ihre Waren auf alternativen Plattformen zu günstigeren Preisen anzubieten und verlange eine Gebühr, die bis zu 40 % des Preises betrage.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[19] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Die Vorschläge der Kommission werden zur Zeit im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens erörtert.

Die EU-Kommission hat gegen Amazon ein Verfahren wegen der Gewährung unfairer Steuervorteile über ein Steuerkonstrukt in Luxemburg eingeleitet, über dessen Berechtigung das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai 2021 entschieden hat.^[20] Das Gericht bekräftigte zwar, dass die Kommission derartige Arrangements in Frage stellen dürfe, bemängelte aber, diese habe mit ihrer Methodik nicht nachgewiesen, dass die Steuerlast tatsächlich künstlich verringert worden sei. Der Europaabgeordnete Sven Giengold (Grüne) forderte darauf hin strengere Wettbewerbsregeln, die staatlichen Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen enge Grenzen setzen.

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im Mai 2021 hat das Bundeskartellamt ein Verfahren eingeleitet, um in einem ersten Schritt zu prüfen, ob Amazon eine solche Bedeutung hat.^[21] Damit führt das Bundeskartellamt insgesamt drei Verfahren gegen Amazon.

Digitalsteuer und globale Mindeststeuer

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert. Amazon hat in den Jahren 2009-2018 knapp 26,5 Mrd. Dollar Gewinn gemacht, aber nur rund 791 Millionen an Steuern gezahlt.^[22] 2018 soll Amazon auf einen Gewinn von 11,2 Mrd. Dollar sogar eine Steuergutschrift von 129 Mio. Dollar erhalten haben. Vor diesem Hintergrund wird erwogen, eine Digitalsteuer und eine globale Mindeststeuer einzuführen.

Digitalsteuer

Im Entwurf einer „Entschließung des Europäischen Parlaments über die Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ vom 26.01.2021 wird hierzu ausgeführt: „Das Europäische Parlament...stellt fest, dass für digitale Geschäftsmodelle im Durchschnitt deutlich niedrigere effektive Steuersätze gelten als für herkömmliche Geschäftsmodelle, die auf physischer Präsenz beruhen; bedauert, dass Steuervermeidung im Zusammenhang mit aggressiver Steuerplanung nicht nur der Erhebung öffentlicher Einnahmen abträglich ist, sondern auch Unternehmen, insbesondere KMU, benachteiligt und gleichzeitig Hindernisse für neue lokale Marktteilnehmer schafft“.^[23] Die EU-Kommission will sich bis zum Juli 2021 mit den USA auf eine globale Digitalsteuer einigen.^[24]

Globale Mindeststeuer

Zur Zeit arbeiten fast 140 Staaten unter Führung der OECD am Konzept einer globalen Mindeststeuer, deren Grundidee laut Süddeutscher Zeitung in folgendem besteht: Werden ausländische Tochter- oder Mutterunternehmen zu niedrig besteuert, ist ein anderes Land in der Unternehmenskette berechtigt, deren Gewinne zusätzlich zu besteuern.^[25] Als Mindeststeuer bringen die USA sogar 21 Prozent ins Spiel.

Fallbeispiele und Kritik

Big-Brother-Award 2018

Für den Sprachassistenten Alexa erhielt Amazon im Jahr 2018 den „Big-Brother-Award“ in der Kategorie Verbraucherschutz.^[26]

2014-2016: Amazon an deutschen Schulen

Mit dem Schulwettbewerb „Lesen macht Spaß“ hat Amazon, unter dem Vorbehalt der Förderung von Lese- und Schreibkompetenzen, Lobbyarbeit an deutschen Schulen betrieben. Der Wettbewerb fand von Dezember 2014 bis Februar 2015 statt. Dies geschah im Umkreis aller deutschen Logistik- und Kundendienststandorte des Konzerns. Mehr als 200 Grundschulklassen haben an diesem Wettbewerb teilgenommen. Als Siegprämie wurden E-Book-Reader und Gutscheine für das Herunterladen von E-Books spendiert. Aber nicht nur die Gewinner erhielten eine Prämie. Jede teilnehmende Klasse hat einen Amazon-Gutschein im Wert von 50€ erhalten. Durch diesen Schulwettbewerb konnte Amazon unkritische Berichte in den Lokalzeitungen der verschiedenen Städte verbuchen. Viele Bürgermeister der Städte äußerten sich in Zeitungsartikeln durchweg positiv, und die Kritik an dem Konzern bezogen auf schlechte Arbeitsbedingungen und Steuerflucht rückte in den Hintergrund.

Dieser Schulwettbewerb blieb jedoch nicht der einzige. Bereits ein Jahr später, 2016, wurde diese Form des Lobbyismus unter einem neuen Namen bundesweit im Umfeld der Logistikzentren weitergeführt. Mit „Kindle Storyteller Kids“ sollte auch hier wieder die Lese- und Schreibkompetenz der Schüler gefördert werden, indem sie Geschichten schreiben.^[27] Das Bundesland Hessen hat darauf reagiert und den Wettbewerb verboten. Diesem Beispiel folgten auch die Schulministerien der Bundesländer in NRW und Baden-Württemberg. Auch Bayern und Rheinland-Pfalz stufen den Wettbewerb als kritisch ein. Lediglich das Schulministerium in Sachsen hält den Wettbewerb für unproblematisch, solange es keine reinen Hinweise auf die kommerzielle Nutzung gibt.^[28]

2013: Lobbyschlacht zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Von besonderer Bedeutung war die Lobbyarbeit im Jahr 2013. Amazon war einer der treibenden Kräfte in der „Lobbyschlacht“, als über die Gesetzestexte der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verhandelt wurde. Der Konzern hat versucht, Europa-Abgeordnete davon zu überzeugen, hunderte von Änderungsanträgen im Interesse von Amazon einzubringen.^[29] Durch das Webportal LobbyPlag^[30] hat sich herausgestellt, dass Änderungsanträge und Passagen, die von Amazon eingebracht wurden, teilweise wortwörtlich von den Abgeordneten des Europa Parlaments übernommen wurden. Das zeigt sich zum Beispiel durch die Streichung des Artikel 7 Absatz 4 der DSGVO, die Amazon in ihrem Lobby-Papier eingebracht hat. Durch die Streichung können Unternehmen Daten verarbeiten, die sie durch ihre Überlegenheit erlangt haben. Dadurch gilt eine Einwilligung zur Datenverarbeitung, auch wenn keine Möglichkeit bestand die Zustimmung zu verweigern.^[31]

Kurzdarstellung und Geschichte

Amazon wurde 1994 als Online-Buchhandel in Seattle gegründet. Das Unternehmen verkauft heute eine große Bandbreite an Produkten und produziert Streaming-Inhalte, Kindle E-Reader und die darauf herunterladbaren Bücher. Seit 2016 vertreibt Amazon zudem den Amazon Echo, einen sprachgesteuerten persönlichen Assistenten Alexa. Außerdem gehört die gewinnträchtige Cloudsparte Amazon Web Services zu deren Kunden u.a. Netflix, Facebook und Zoom gehören, zu den wichtigsten neuen Geschäftsbereichen des Konzerns.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
2. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
3. ↑ [Meetings of Vice-President Andrus Ansip with organisations and self-employed individuals](#), European Commission, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
4. ↑ [Meetings of Cabinet members of Vice-President Andrus Ansip with organisations and self-employed individuals](#), European Commission, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
5. ↑ [Amazon Europe Core SARL](#), LobbyFacts vom 30.03.2018, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
6. ↑ [EU Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 11.05.2018
7. ↑ [Lobbyists representing Amazon.com, 2017](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
8. ↑ Alex MacGillis: *Ausgeliefert - Amerika im Griff von Amazon*, Frankfurt am Main 2021, S. 109
9. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
10. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Amazon](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
11. ↑ [Umsatz: Plus 38 %, Gewinn verdoppelt - das Amazon-Jahr in Zahlen](#), ibusiness.de vom 15.02.2021
12. ↑ [Amazon.e baut Marktmacht deutlich aus](#), dvz.de vom 18.01.2021, abgerufen am 28.05.2021
13. ↑ [Big Tech, big Lobby](#), lobbycontrol.de vom 23.01.2020, abgerufen am 27.05.2021
14. ↑ [Ein neuer Wettbewerb für die Digitalwirtschaft Bericht der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 September 2019](#), bmwi.de, abgerufen am 28.05.2021
15. ↑ [Big Tech: Rekordausgaben für Lobbyarbeit in den USA](#), lobbycontrol.de vom 27.01. 2021, abgerufen am 28.05.2021
16. ↑ [Wer Joe Biden gegen Facebook, Google und Co. helfen soll](#), wiwo.de vom 28.03.2021, abgerufen am 28.05.2021
17. ↑ [Jetzt wird es ernst für Amazon](#), manager-magazin vom 11.06.2020, abgerufen am 28.05.2021
18. ↑ [Amazon accused of unfair pricing policies by Washington DC](#), bbc.com vom 25.05.2021, abgerufen am 26.06. 2021
19. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021

20. ↑ [Rückschlag im Kampf gegen Steuertricks](#), sueddeutsche.de vom 12.05.2021, abgerufen am 29.05.2021
21. ↑ [Verfahren gegen Amazon nach neuen Vorschriften für Digitalkonzerne \(§ 19a GWB\)](#), bundeskartellamt.de vom 18.05.2021, abgerufen am 20.06.2021
22. ↑ [Biden schießt scharf gegen Amazon](#), tagesschau.de vom 01.04.2021, abgerufen am 28.05.2021
23. ↑ [Entwurf eines Berichts](#), europarl.europa.eu vom 26.01.2021, abgerufen am 28.05.2021
24. ↑ [Globale Digitalsteuer: EU und USA wollen Einigung bis Juli 2021](#), basicthinking.de vom 05.03.2021, abgerufen am 30.05.2021
25. ↑ [Ein fieses Detail der weltweiten Steuerreform](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2021, abgerufen am 30.05.2021
26. ↑ [Die BigBrotherAwards 2018](#), BigBrotherAwards, abgerufen am 03.05.2018
27. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#), LobbyControl, 19. Mai 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
28. ↑ [Amazon verstößt gegen Schulgesetz](#), LobbyControl, 07. Juni 2016, zuletzt abgerufen am 24.04.2018
29. ↑ [Amazon: lobbying to weaken data privacy rights, refusing lobby transparency](#), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 24.04.2018
30. ↑ [Comparison of Amendments ans Lobby Propsals](#), LobbyPlag, zuletzt aufgerufen am 23.04.2018
31. ↑ [Bye bye Datenschutz: EU-Parlament kopiert von Amazon, ebay & Co.](#), Netzpolitik vom 10.02.2013, zuletzt aufgerufen am 07.05.2018